

Landeshauptstadt Magdeburg  
Änderungsantrag

DS0126/07/66 öffentlich

|                            |            |
|----------------------------|------------|
| Zum Verhandlungsgegenstand | Datum      |
| DS0126/07                  | 25.04.2007 |

|  |                              |
|--|------------------------------|
| Absender<br>Fraktion Die Linkspartei.PDS |                              |
| Gremium<br>Stadtrat                      | Sitzungstermin<br>26.04.2007 |

|  |
|--|
| Kurztitel<br>Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007 zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg |
|--|

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat innerhalb kürzester Zeit das nochmalige Prüfergebnis bezüglich der Folgen für den Verwaltungshaushalt und den Vermögenshaushalt (kurz-, mittel- und langfristig) bei Durchführung der Sanierungsaufwendungen für Schulen nach PPP bzw. nach bisher üblicher Weise über eigenständige Kreditaufnahme vorzulegen.

Begründung:

Die Präsidenten mehrerer Landesrechnungshöfe empfehlen PPP nicht zur Haushaltskonsolidierung, da u. a. auf die Laufzeit bezogen solche Maßnahmen i. d. R. teurer werden und die regionale Wirtschaft selten partizipiert. Solche Geschäfte müssten von der Kommunalaufsicht wie Kreditaufnahmen gewertet werden.

Hans-Werner Brüning  
Fraktionsvorsitzender